

Anwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke (Vorsitzender)

Mitglieder CDU-Fraktion

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Horst Radmer

Mitglieder Gruppe BASU / Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Erika Lach

Es fehlte entschuldigt:

Mitglieder CDU-Fraktion

Ratsmitglied Stephan Hellwig

von der Verwaltung

Stadtkämmerer Heiko Hoff

Werkleiter Hergen Strodthoff

Stv. Werkleiter Oliver Leinert

Abteilungsleiter Grundstücksverkehr Harald Witte

Abteilungsleiter Grundstücksverwaltung Hans-Dieter Schulze

Hannelore Janßen (Rechnungsprüfungsamt)

Petra Lekscha (Rechnungsprüfungsamt)

Harald Wilke (Protokollführer)

und mehrere Gäste

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2. Vorlagen an den Rat

- 2.1. Überleitung des Hausmeister- und Reinigungsdienstes in den
Eigenbetrieb GGS (Vorlagen Nr. 201/2007)
- 2.2. Weiterführung des Modells Public-Private-Partnership (PPP)
(Vorlagen Nr. 202/2007)

3. Mitteilungen und Anfragen

- 3.1. Bebauungsplan 168 – Fedderwardergroden / Ost – Voslapp/West
– Familienförderung

2. Vorlagen an den Rat

**2.1. Überleitung des Hausmeister- und Reinigungsdienstes in den
Eigenbetrieb GGS (Vorlagen Nr. 201/2007)**

Herr Leinert

Grundlage für die Übernahme von Aufgaben ist der VV-Beschluss 30./31.10.2006 alle gebäudewirtschaftlichen Aufgaben bei GGS zu bündeln.

Ferner sollen gem. VV-Beschluss vom 11./22.12.2006 die Hausmeister und Reinigungskräfte zum 01.01.2008 zu GGS übergeleitet werden, um so Kosteneinsparungen durch Synergien generieren zu können.

Hierzu wurde eine AG mit 10/40/GGS gegründet. Ende September 2007 wurde das abgestimmte Ergebnis vorgelegt. Es empfiehlt die Überleitung zu GGS. Die Wirtschaftlichkeit begründet sich in der Nutzung von Synergien zwischen dem Bereich der Bauunterhaltung und den Schulhausmeistern. Insbesondere die kleine Bauunterhaltung (Kleinstmaßnahmen bis ca. 500,00 € pro Vorfall) können so auf kürzerem Wege mit geringerem Verwaltungsaufwand erledigt werden.

Die hierdurch entstehenden Kosteneinsparungen werden in 2008 auf ca. 140 000,00 € pro Jahr geschätzt. Durch kontinuierliche Verbesserungen wird bis zum Jahr 2013 eine Kosteneinsparung bis zu 400 000,00 € pro Jahr angestrebt. Diese Einsparungen beziehen sich auf den heutigen Stand, unabhängig eventueller neuer Tarifvertragsregelungen o.ä.

Um diese zu erwartenden Effizienzen und Kosteneinsparungen generieren zu können, ist es unumgänglich den VV-Beschluss umzusetzen und die Hausmeister als auch das Reinigungswesen gemeinsam zu GGS überzuleiten.

Herr Weinberg (Vorsitzender Personalrat Innere Verwaltung) erklärte, der Personalrat sehe die geplante Überleitung des Hausmeister und Reinigungsdienstes in den Eigenbetrieb GGS sowie den Einstieg in das geplante PPP Model kritisch und meinte, es seien Nachteile für die Mitarbeiter und die Stadt zu befürchten. Er bat darum, die Angelegenheit nicht übereilt voranzutreiben bzw. zu beschließen und bat die Verwaltung, für eine Transparenz bei den Entscheidung zu sorgen.

Herr Hoff machte deutlich, dass die bestehenden Ängste und Befürchtungen der von der Überleitung betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unbegründet seien, da sich für den Einzelnen keine Veränderungen ergeben. Zum Einstieg in das PPP-Modell werde in den Gremien zunächst nur einen Grundsatzbeschluss über die Weiterführung gefasst, konkrete Beschlüsse über weitere Maßnahmen seien erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Phase 1 vorgesehen.

Herr Radmer regte an, die Verwaltung möge die Betroffenen rechtzeitig und umfassend ggf schriftlich) über die geplanten Veränderungen informieren.

Es ergab sich eine eingehende Diskussion aller Beteiligten, Fragen der Ausschussmitglieder und der Gäste wurden von der Verwaltung beantwortet.

Beschluss: (einstimmig)

Der Überleitung des Hausmeister – und Reinigungsdienstes in den Eigenbetrieb GGS wird zum 01.01.2008 zugestimmt.

**2.2. Weiterführung des Modells Public-Private-Partnership (PPP)
(Vorlagen Nr. 202/2007)**

Herr Leinert

Die Begründung ist in der Machbarkeitsstudie und der Analyse detailliert aufgelistet. Ziel ist eine Kosteneinsparung bei dem ganzheitlichen Ansatz von ca. 15% pro Jahr.

Herr Radmer stellte den Antrag, den in der Beschlussvorlage genannte Zieltermin zur Fertigstellung der Unterlagen auf März 2008 vorzuverlegen. Der Antrag wurde vom Werksausschuss abgelehnt (1 Ja - Stimme, 2-nein Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

Beschluss: (einstimmig)

Auf Basis der vorliegenden Machbarkeitsstudie von BBD Berliner Beratungsdienste vom 21. Februar 2007, sowie der zusammen mit der Machbarkeitsstudie verteilten Anmerkungen und Analyse aus der Verwaltung, wird die Weiterführung des PPP-Modells in der Variante als ganzheitlicher Ansatz beschlossen.

Mit dieser Entscheidung wird die Phase 1 zur weiteren Bearbeitung freigegeben.

Phase 1:

Entscheidungsfindung und Vorbereitung einer Ausschreibung mit folgenden konkreten Inhalten:

- Erstellen eines Zielkataloges und Festlegung von Anforderungen an die zukünftige Struktur
- Strukturierte Aufnahme der Liegenschaften
- Aufnahme der Ist-Situation
- Definition der geforderten Leistungen und des Leistungsstandards
- Entscheidung über die zukünftige Zuordnung von Risiken
- Erarbeitung von Konzepten für die Gestaltung der Partnerschaft mit dem Auftragnehmer
- Erstellung von Informationsunterlagen
- Erstellen einer Ausschreibung
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Die Federführung der Bearbeitung liegt bei GGS. Ziel zur Fertigstellung der vorgenannten Unterlagen ist Mitte / Ende 2008.

Vor Beginn der folgenden Phasen und Versand der Ausschreibung sind weitere entsprechende Gremienbeschlüsse einzuholen:

- Phase 2: Teilnahmewettbewerb
- Phase 3: Einholung indikativer Angebote
- Phase 4: Einholung endgültiger Angebote
- Phase 5: Vertragsverhandlungen
- Phase 6: Durchführung
- Phase 7: Abschluss

3. Mitteilungen und Anfragen

3.1. Bebauungsplan 168 – Fedderwardergroden / Ost – Voslapp/West – Familienförderung

Herr Hoff informierte über die möglichen Varianten einer familiären Förderung bei der Vergabe von Baugrundstücken (Zuschuss oder zinsloses Darlehen), stellte die weitere Verfahrensweise zur Diskussion und verwies auf die damit zusammenhängende Fragestellungen (Verwaltungsaufwand, Kontrolle der Einhaltung des Förderzwecks, Höhe des Zuschusses, Vergabekriterien). Er machte deutlich, dass im Falle einer Bezuschussung auf jeden Fall eine haushaltsmäßige Gegenfinanzierung erforderlich sei.

Herr Weerda und Herr Radmer plädierten dafür, eine Förderung für Familien ab dem 3. Kind zu gewähren und eine plausible Lösung der Förderungsrichtlinien mit einfacher Handhabung zu erarbeiten.

Es ergab sich eine Diskussion aller Beteiligten.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu nächsten Sitzung des Werksausschusses
(16.11.07) einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

Ziel:

- Förderung ab dem 3. Kind in Form eines Zuschusses (kein Darlehen),
- pauschale Förderung ohne Staffelung
- Form der Gegenfinanzierung.

**3.2. Beschlussvorlagen Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes GGS
(Vorlagen Nr. 199/07) und Einbringung von unbebauten Grundstücken
in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes GGS (Vorlagen Nr. 195/2007)**

Die Mitglieder des Werksausschusses kritisierten, die Vorlagen für die Beschlussfassung
nicht rechtzeitig erhalten zu haben um diese eingehend prüfen zu können.

Die Mitglieder sprachen sich dafür aus, die Beschlussfassungen auf einen neuen Sit-
zungstermin (Freitag, 16.11.07, 10.00 Uhr) zu verlagern.

Ende der öffentlichen Sitzung